

Kleinstaat und Interdependenz. Anmerkungen zur Kleinstaatentheorie aus ökonomischer Sicht

Summary

While the question of the size of nations and its significance has always occupied the attention of historians, political scientists and sociologists, it has for a long time been rather neglected by economic theory. Trade between nations was treated as trade between firms of different countries. The size of the nation was irrelevant. Only with the integration developments after World War II the question of size was more seriously treated.

"Pure" theoretical considerations point in the direction that small nations tend to be at a disadvantage. The small size of the population offers fewer opportunities for large-scale production and specialisation, and the smallness of the domestic market reduces the sales opportunities at home which are usually less risky than exports to foreign countries. The smaller number of firms in each sector also increases the danger of monopolistic inefficiencies. All these weaknesses can be largely overcome through trade relations in an open world though some difficulties remain.

In contrast to the theoretical picture of small state disadvantages empirical studies do not reveal any relationship between size of a nation and economic welfare. Other factors, like state of development, research, education, capital accumulation etc. seem to play a much more decisive role making size a matter of secondary importance only. The only obvious and significant difference between small and big economies is the far greater export-import intensity of the former as compared with the latter.

Es gibt Soziologie, Politikwissenschaft, juristische Wissenschaft, Geschichte, Wirtschaftswissenschaft usw., aber es gibt nur eine Realität. Wenn ich jetzt "aus ökonomischer Sicht" spreche, so ist das also eine künstliche Sezierung, und es wird Sie nicht wundern, dass manche Dinge, die ich erwähne, schon in anderen Referaten angeklungen sind. Ich könnte natürlich, um etwas mehr Abwechslung in den Vormittag zu bringen, immer das Gegenteil von dem sagen, was schon gesagt worden ist, aber ich werde mich lieber an das halten oder zu halten versuchen, was der Realität entspricht.

Dass die Relation Kleinstaaten/Grossstaaten eine Problematik aufwirft, ist ziemlich naheliegend. In der Politik, in der Geschichte und in der Soziologie war diese Problematik immer schon irgendwie präsent, schon aus Machtgründen; insofern stellten Gross- und Kleinstaaten eine wichtige Kategorie dar. Das Merkwürdige ist, dass die Ökonomie, wo dies ja auch eine Rolle spielt, diese Frage eigentlich lange Zeit kaum zur Kenntnis genommen hat ("benign neglect"). Erst durch die Integrationsdebatte in den fünfziger Jahren, als EWG und EFTA zur Diskussion standen, wandte man sich dieser Frage in grösserem Masse zu. Wenn wir fragen, was hat die Wirtschaftswissenschaft zu diesem Thema beigetragen oder was sind ihre theoretischen Grundlagen, so war früher wenig, fast nichts vorhanden - und auch jetzt ist es noch relativ wenig. Um dies zu dokumentieren, möchte ich zitieren, was der bekannte englische Ökonom Austin Robinson auf einer Konferenz über "The Economic Consequences of the Size of Nations" sagte, die die International Economic Association im Jahre 1975 abgehalten hat: "It is paradoxical, that in the 180 years since the book of Adam Smith on the nature and causes of the wealth of nations was first published the relation of the size of nations to their economic prosperity and to their level of income per head has received comparatively little academic discussion. Both in the writing of papers and in their subsequent discussion, many of us had a feeling of incredulity when we failed to discover a volume of antece-

dent literature such as the subject seems to have deserved." Also ein Mangel an Literatur noch vor dreissig Jahren!

Das hat sich inzwischen etwas gebessert, aber die Fortschritte sind nicht gerade kolossal. Das hängt zum Teil mit der Methodologie der Ökonomen zusammen. Die Wirtschaftswissenschaft ist vielleicht die Königin der Sozialwissenschaften, aber sie ist das nur, weil sie Standards setzt, die die anderen Sozialwissenschaften notwendigerweise gar nicht akzeptieren können und vielleicht mit Recht nicht akzeptieren wollen. Die Ökonomie setzt das deduktive Denken an die Spitze, die Induktion kommt nachher, um die deduktiven Sätze zu untermauern, und wenn das nicht gelingt, muss man schlimmstenfalls die theoretischen Modelle aufgeben oder modifizieren. Ich möchte Ihnen dazu eine Anekdote erzählen, von der ich aber leider nur noch die Hälfte genauer in Erinnerung habe: Drei Wissenschaftler, ein Chemiker (glaube ich, ist aber auch nicht so wichtig), ein Physiker und ein Nationalökonom, sind auf einer Insel gestrandet und haben nur ein paar Sardinenbüchsen, aber keinen Dosenöffner, also keinen Schlüssel zum Öffnen dieser Büchsen. Also was tun? Der Physiker sagt, man könne das mit Kraft öffnen, wenn man den richtigen Stein finde oder sonst etwas, womit man draufhau, dann könne man mit der Wirkung dieser Kraft die Dose öffnen. Der Chemiker erfindet irgendeine chemische Lösung, ich weiss jetzt nicht was, irgendwie könne er dann mit Salzwasser die Öffnung bewerkstelligen. Dann fängt der Ökonom so an: Ich nehme an, ich habe einen Schlüssel, um die Dose zu öffnen. So löst er das Problem.

Ein bisschen leidet auch die Kleinstaatenforschung in der Ökonomie unter dieser Methode. Sie stellt gewisse Überlegungen an, was für Zusammenhänge zwischen der Grösse eines Staates und dem Reichtum der Nation wohl bestehen könnten. Es ist dies eine Frage, die schon Adam Smith stellte. Aber die Ökonomie, jedenfalls die "mainstream economics", hatte keinen richtigen Zugang zu diesem Problem. Denn seit Adam Smith beruht sie auf einem methodologischen Individualismus, der versucht, die Wirtschaft letztendlich auf individuelle Handlungen zurückzuführen. Diese theoretische Perspektive beeinflusste auch den Untersuchungsbereich des internationalen Handels auf eine ziemlich eigenartige Art und Weise. Begonnen hat man eigentlich mit einem "Robinson", also mit einer einzigen Person, einem isolierten Individuum. Man hat sich gefragt: "Wie wirtschaftet so ein Individuum?" Nun, er muss zuerst produzieren, er muss z. B. auf eine Palme steigen, um eine Banane zu holen: Das ist die Produktion. Dann isst er sie: Das ist die Konsumtion. Dies ist der Ausgangspunkt. Aber das ist

sehr mühselig, weil er immer erst auf den Baum hinauf- und dann wieder herunterklettern muss. So etwas ist sehr umständlich. Mit mehr Leuten geht es schon besser, dann kann man sich spezialisieren. Das war ein Hauptgedanke der Theorie von Adam Smith, der davon ausging, dass der Reichtum der Nation mit der Spezialisierung wächst. Der Mann, der gut klettern kann, kann dann den ganzen Tag oben am Baum sitzen, und ein anderer kann den ganzen Tag unten die Bananen verteilen usw. Wachsende Arbeitsteilung erhöht die Produktivität und damit auch den Reichtum der Nation durch Spezialisierung, die natürlich durch Technologie, die in der industriellen Revolution bedeutend wurde, unterstützt wird. Insofern eine Nation immer aus vielen Leuten besteht, wächst jedenfalls die Produktivität durch wachsende Spezialisierung. Die Bevölkerung wächst, die Spezialisierung wächst, und es kann sogar passieren, dass man so viel produziert, dass man die heimischen Produkte gar nicht alle konsumieren kann und daher versucht, einen Teil davon mit anderen Ländern zu tauschen. Das war der erste Anlass dafür, dass man das Ausland überhaupt theoretisch zur Kenntnis nahm.

Smith hatte schon früh erkannt, dass das ökonomische Problem einerseits darin besteht, mehr zu produzieren, andererseits aber auch darin, die Produkte abzusetzen. Der Aussenhandel war eine Verlegenheitslösung, wenn man im Inland Absatzprobleme hatte.

Dann tauchte aber die Frage auf, ob es sinnvoll ist, Handel mit Nationen zu betreiben, die weniger produktiv sind als das eigene Land. Da kam es zur zweiten grossen "Entdeckung" in bezug auf das Ausland durch den englischen Ökonomen Ricardo. Er betonte, dass man auch dann, wenn das andere Land nicht so produktiv sei wie das eigene, noch immer den Reichtum der Nation vergrössern könne, wenn man Handel treibe, weil sich jetzt die Länder selbst spezialisieren könnten. So hatte beispielsweise England natürliche Vorteile in der Textilproduktion, weil dort viele Schafe und viele Webstühle vorhanden waren. Portugal konnte Wein relativ besser produzieren als England. Durch Arbeitsteilung zwischen den Ländern kann man den Reichtum beider Nationen mehren, und zwar auch dann, wenn ein Land durchwegs produktiver ist. Jedes Land produziert das, wo es einen *relativen* (komparativen) Vorteil hat. Das wurde indes nur diskutiert im Hinblick auf zwei mehr oder weniger gleich grosse Nationen. Erst im Laufe der Zeit kam es hie und da fallweise zu Bemerkungen über die Grösse der Nation, die aber nicht sehr tief schürften. Jedenfalls gilt das für die mainstream-Ökonomie. "Alternative" Ökonomen haben durchaus schon früh-

zeitig Fragen behandelt, die für unsere Problemstellung interessant sind, insbesondere die Regionalökonomien, die sich mit den verschiedenen Regionen eines Landes beschäftigten und dabei erörterten, was für eine Rolle die Grösse einer Region bei der Entwicklung der Regionen spiele. Es ist wohl kein Zufall, dass ein sehr bekannter schwedischer Ökonom, Bertil Ohlin, um die 20er Jahre sein Buch über Aussenhandel "Interregional and International Trade" genannt hat. Es gibt keine *prinzipiellen* Unterschiede zwischen den beiden, aber doch Unterschiede. Im Prinzip, vor allem in Hinblick auf die Transportkosten und den Kontakt mit entfernteren Märkten, besteht kein Unterschied zwischen dem Handel von beispielsweise New York mit Kalifornien einerseits und dem zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei andererseits. Entfernungen spielen eine Rolle, mangelnder Kontakt mit den Märkten, gewisse Standortvorteile. Andere Einflüsse spielen dann noch eine zusätzliche Rolle. Es waren somit schon gewisse Überlegungen zu der Gebietsgrösse in Zusammenhang mit Problemen des Handels zwischen den Regionen angestellt worden. Aber die Frage der Grösse oder Kleinheit der Nationen ist, wie bereits gesagt, erst durch die Integrationsdebatte der Nachkriegsjahre stärker ins Gespräch gekommen.

Zur Debatte stand nun, welche Rolle die Kleinheit spielt? Man hat sich an den Schreibtisch gesetzt und darüber nachgedacht. Man hat so eine ganze Liste möglicher positiver und negativer Aspekte erstellt, auf die ich noch zu sprechen kommen werde. Die negativen Aspekte haben im grossen und ganzen überwogen, so dass der *deduktive* Schluss zunächst darin bestand, dass im grossen und ganzen grössere Staaten einen höheren Lebensstandard haben müssten als kleine Staaten, weil die kleinen Staaten mehr Nachteilen ausgesetzt seien. In der komplizierteren Realität lässt sich ein solch einfacher Zusammenhang allerdings nicht feststellen, wie die Daten der folgenden Tabelle und Abbildung zeigen.

Tabelle 1

| BIP* und Staatengrösse (1988) | | BIP/Kopf (\$) | Index |
|------------------------------------|---|---------------|-------|
| 8 westeuropäische "Kleinststaaten" | Ø | 13052 | 106 |
| 4 westeuropäische "Grossstaaten" | Ø | 10797 | 88 |
| 12 Staaten | Ø | 12300 | 100 |

* BIP = Bruttoinlandsprodukt, Ø = Durchschnitt

Bevölkerungsgrösse und Wohlstand (BIP pro Kopf). 12 OECD-Staaten

BIP pro Kopf
(Durchschnitt = 100)

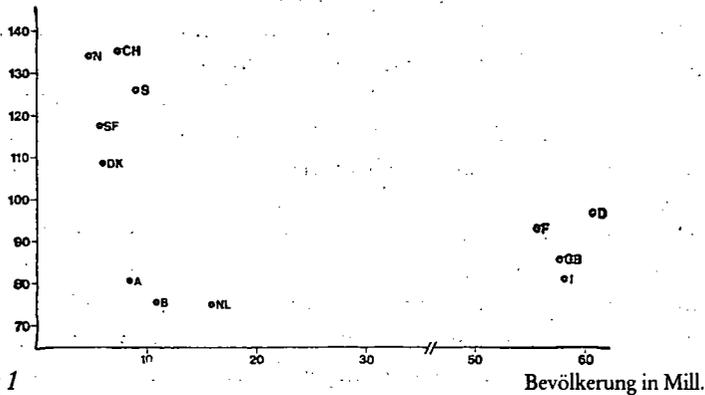


Abbildung 1

In Abbildung 1 und Tabelle 1 wird das Bruttoinlandsprodukt, die Gesamtproduktion eines Landes, pro Kopf als Massstab des Reichtums der verschiedenen Länder verwendet. Die Daten sind der Weltbankstatistik entnommen. Aber diese Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen. Es ist schon eine komplizierte Sache, das Bruttoinlandsprodukt eines einzelnen Landes über die Jahre hinweg zu vergleichen, weil in dem Bruttoinlandsprodukt alles Mögliche enthalten ist (Rüstungsproduktion, Umweltverschlechterung, Umweltverbesserung usw.). Man sollte daher das Bruttoinlandsprodukt und die Daten stets genau interpretieren. Aber im grossen und ganzen kann man doch sagen, dass der Anstieg dieser Masszahl in einem Land mit einer Verbesserung der materiellen Versorgung verbunden ist - der materiellen Versorgung, nicht notwendigerweise des Glücks. Ein Ländervergleich ist besonders schwierig, weil die Struktur der diversen Bruttoinlandsprodukte in den unterschiedlichen Ländern sehr verschieden ist. Es ist z. B. wichtig, ob es ein warmes oder kaltes Land ist, und was man braucht, um versorgt zu sein. Dies alles soll dann auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Das ist normalerweise der Dollar, so auch in Tabelle 1. Die Rechnungen auf Dollarbasis hängen sehr stark vom Wechselkurs ab. Die Zahlen der Tabelle beruhen auf Bruttoinlandsproduktionen des Jahres 1988, berechnet zu Preisen des Jahres 1985 und Wechselkursen des Jahres 1985. Zwei Jahre später schaut alles schon wieder anders aus, weil der Dollarkurs sich geändert hat und die Berechnung eine andere ist. Trotzdem geben diese Daten einen ungefähren Wohlstandsniveauevergleich.

In Abbildung 1 ist auf der horizontalen Achse die Bevölkerung, auf der vertikalen Achse der relative Wohlstand der Nationen abgebildet. Der Durchschnitt liegt bei 100. Einbezogen sind zwölf entwickelte Industriegesellschaften (OECD-Staaten), deren Entwicklungsstand in etwa gleich ist (Griechenland, Portugal und Spanien sind nicht einbezogen), davon sind acht Kleinstaaten (unter 20 Millionen Einwohner) und vier Grossstaaten. Die Staaten weichen bezüglich des Wohlstandes sehr stark voneinander ab. An oberster Stelle stehen die Schweiz und Norwegen, an niedrigster Stelle Belgien und Niederlande, was wohl auch etwas mit dem damaligen Wechselkurs zu tun hat. Es besteht überhaupt kein Zusammenhang zwischen Grösse und Wohlstandsniveau. Wir sehen, dass das Wohlstandsniveau unter den Kleinstaaten sehr stark variiert, von 76 für Belgien bis 134 für die Schweiz, bei den Grossstaaten schwankt es zwischen 80 für Italien und 95 für die BRD. Im Durchschnitt liegen die acht Kleinstaaten bei 106 und die Grossstaaten bei 88, wenn 100 der Durchschnitt ist (siehe Tabelle 1).

Wir haben also auf der einen Seite eine Theorie, wonach Kleinstaaten eher benachteiligt sind, auf der anderen Seite eine Empirie, die zeigt, dass dem nicht so ist. Die Vermutung, dass ein klarer Zusammenhang zwischen Grösse und Wohlstand besteht, stimmt jedenfalls nicht. Man kann nicht sagen, Kleinstaaten seien wirtschaftlich so benachteiligt, dass sie einen niedrigeren Lebensstandard haben müssen.

Welcher Art waren nun aber die theoretischen Überlegungen bezüglich der Bedeutung von Kleinstaat /Grossstaat? Wenn ich sage, man habe überwiegend deduktiv argumentiert, so heisst das ja nicht, man habe vollkommen unsinnig oder vollkommen willkürlich argumentiert, sondern man überlegte vielmehr aufgrund von theoretischen Erfahrungen, was für Fragen in diesem Kontext die Problemstellung "klein" oder "gross" aufwirft. An und für sich können Klein- und Grossstaaten nach verschiedenen Gesichtspunkten und anhand verschiedener Kriterien beurteilt werden. Klein/gross kann erstens die Fläche sein, zweitens die Bevölkerung, drittens das gesamte Bruttoinlandsprodukt, also direkte Masse der Grösse nach Fläche, Bevölkerung und Volkseinkommen. Das sind notwendige Indikatoren. Dann haben wir aber auch noch Unterscheidungen, die quer verlaufen. Das sind in Sonderheit entwickelte und "development countries" (Entwicklungsländer). Zwar gibt es auch bei letzteren Probleme von "klein" und "gross", aber die Probleme sind zum Teil ganz anderer Natur (z.B. Monokulturenländer; Länder, die nur von einem Rohstoff abhängig sind). Das sind überwiegend Probleme, die für entwickelte Kleinstaaten kaum

mehr in Betracht kommen (obwohl beispielsweise Luxemburg sehr stark von einem halbfertigen Produkt, nämlich Stahl, abhängt, aber das ist ein Problem anderer Art).

Nur der Kuriosität halber möchte ich noch erwähnen, dass in der ökonomischen Theorie ein spezielles Kleinstaatenproblem in letzter Zeit theoretisch sehr viel diskutiert wird. Es ist die Theorie der sogenannten "small open economies". Das Problem, das im Rahmen dieser Theorie behandelt wird, ist das der ökonomischen Souveränität. Es stellt sich nämlich die Frage, wie weit in einer Welt, in der Güterströme und Kapitalbewegungen und eventuell auch die Wanderungen von Arbeitskräften zunehmend freier werden, ein einzelnes kleines Land seine Wirtschaftspolitik überhaupt noch beeinflussen kann. Wenn nämlich die Welt sehr offen ist und wir ferner annehmen, dass bei nationalen Zinssatzunterschieden das Kapital frei ausströmen kann, dann sind kleine Länder kaum mehr imstande, durch ihre Geldpolitik viel zu erreichen. Die Geldpolitik ist aber ein wichtiger wirtschaftspolitischer Faktor. Wenn kleine Länder ihre Geldpolitik abkoppeln wollen, dann strömt das Kapital, sofern keine Hindernisse bestehen, in andere Länder. Ein kleines Land muss daher durch die Öffnung und seine kleine Rolle im Kapital- und Güterverkehr zweifelsohne Souveränitätsverluste erleiden. Aus dieser Perspektive erstreckt sich dann aber die Definition "kleine Länder" bis hinauf zu Italien oder Frankreich, und man hätte nur mehr einige wenige "grosse" Weltländer wie die USA, Japan und vielleicht Deutschland, alle anderen wären klein.

Kehren wir aber wieder zum Problem Grösse und Wohlstand zurück. Das Kriterium der Fläche spielt eigentlich vom ökonomischen Gesichtspunkt her die geringste Rolle, obwohl manche Ökonomen betont haben, Fläche könne dann eine Rolle spielen, wenn wir annehmen, dass die Rohstoffe relativ gleichmässig über die Welt verteilt sind. Dann liegt es auf der Hand, dass in einem grossen Land mehr Rohstoffarten vorhanden sind als in einem kleinen Land. Das bedeutet, dass ein grosses Land weniger von importierten Rohstoffen abhängig ist als ein kleines, was unter gewissen Bedingungen ein Vorteil sein kann. Wenn z. B. Öl knapp ist, ist es ein Vorteil, wenn man im eigenen Land Vorräte hat. Dies ist indes ein Argument, das deswegen an Bedeutung verliert, weil die Rohstoffe eben nicht gleichmässig verteilt sind, sondern sehr stark in einem Land konzentriert sein können, so dass auch ein kleines Land aus wichtigen Rohstoffvorkommen Vorteile ziehen kann. Öl ist ein besonders gutes Beispiel, denn Öl ist sehr ungleich verteilt, so dass man heute bei den Entwicklungsländern eine deut-

liche Trennung machen muss zwischen solchen, die Öl haben, und solchen, die keines haben. Das ist sehr viel wichtiger als der Umstand, ob sie gross oder klein sind. Kuwait ist besonders begünstigt, weil eben die Rohstoffquellen nicht gleich verteilt sind. Insofern ist also die Fläche nicht das Entscheidende.

Eine grosse Bevölkerung ist hingegen sowohl von der Produktions- wie auch von der Absatzseite her relevant. Das ist schon von Herrn Geser in bezug auf die Spezialisierungsmöglichkeiten erwähnt worden. Spezialisierungen können in einem kleinen Land nur bis zu einem gewissen Grad erreicht werden, weil wir die Maschinen und Menschen ja nicht beliebig unterteilen können. Im Prinzip könnte man wohl ein Stahlwerk im kleinsten Land haben, wenn man alles beliebig klein machen könnte, wenn man beispielsweise kleine Hochöfen bauen könnte usw. Die Chinesen haben das ja versucht, einen kleinen Hochofen, vielleicht auch einen halben Buchhalter usw. zu installieren. Könnte man alles proportional miniaturisieren, dann könnte man auch jede Ware in beliebig kleineren oder grösseren Mengen produzieren. Bei einfachen Produktionen geht das ja. Ich kann ein Lastkraftwagengewerbe haben mit einem Lastauto und mit einem Chauffeur in einem kleinen Land und in einem grossen Land eben mit hundert Lastkraftwagen mit hundert Chauffeuren. Die Kosten pro Transporteinheit werden kaum geringer sein, wenn mehr transportiert wird, obwohl gewisse organisatorische Vorteile entstehen können. In vielen Industrien ist es aber nicht möglich zu miniaturisieren, und das führt zu dem bekannten Skalen- oder Massenproduktionsproblem. Viele Industrien benötigen eine sehr weitgehende Spezialisierung, um effizient produzieren zu können. Eine bestimmte Grösse der Bevölkerung ist daher für manche Industrien eine Voraussetzung. Gewisse Industrien sind daher typischerweise wegen dieser Skalenvorteile in Kleinstaaten nicht oder nur selten aufzufinden, wie z.B. die Autoindustrie, obwohl es immer Ausnahmen gibt (z.B. Schweden oder Belgien), des weiteren die Flugzeugindustrie, Lokomotiven, schwere Maschinen etc. Das sind Industrien, bei denen - auch wenn die Bevölkerung dazu geeignet wäre - die Spezialisierung in kleinen Staaten nicht weit genug getrieben werden kann. Da es sich dabei zum Teil um moderne Industrien mit guten Wachstumschancen handelt, kann sich dies als ein Nachteil für kleine Staaten auswirken. Manche Industrien mit ganz guten Chancen sind ihnen einfach strukturell nicht zugänglich. Der zweite Bedeutungsaspekt hinsichtlich der Bevölkerung ist, dass auch für den Fall, dass man Skalenvorteile ausnützen könnte, ein Markt vorhanden sein muss, auf dem man

die grössere Produktion absetzen kann. Je grösser eine Bevölkerung ist, desto grösser der heimische Markt. Für den Inlandsabsatz braucht man eine Bevölkerung, und die muss mit Kaufkraft ausgestattet sein. Allerdings sind beide Faktoren teilweise substituierbar. Eine kleine Bevölkerung kann durch eine hohe Produktivität und Kaufkraft ausgeglichen werden.

Die Schweiz kann, wenn sie mehr produziert, auch mehr absetzen, weil die Kaufkraft im Lande gröss ist, während ein Land wie Südkorea oder Singapur das nicht kann. Sie können nur produzieren, wenn sie - wie schon Adam Smith betont hat - auf andere Märkte ausweichen können. Es ist aber ein Nachteil für die kleinen Länder, dass sie mit ihrer Grossproduktion ins Ausland gehen *müssen*, weil das immer mit einem gewissen Risiko verbunden ist. Im Prinzip kann eine Nation wie die USA ihre vergrösserte Produktion auch bei voller Ausnutzung der Skalenvorteile - selbst wenn sie auf sehr hohem Niveau produzieren, um die Kosten zu senken - zur Not im Inland absetzen, jedenfalls einen Grossteil davon.

Die Skalenvorteile entstehen dadurch, dass man sehr hohe fixe Kosten hat, bis man mit der Produktion überhaupt beginnen kann. Man muss beispielsweise einen Hochofen bauen, eine ausreichende Organisationsstruktur zur Verfügung haben usw. Je mehr man dann produziert, desto mehr fallen die Stückkosten, weil die fixen Kosten ja nicht steigen. Die klassische ökonomische Theorie hatte eigentlich mit konstanten Stückkosten gerechnet und tut es zum Teil heute noch. Hier gibt es kein Problem hinsichtlich Kleinheit bzw. Grösse. Man hat sich gesagt, ein Lastauto mit einem Chauffeur kostet mich soundsoviel, wenn ich mehr Lastautos habe, brauche ich auch mehr Leute, aber die Kosten pro Lastauto und Chauffeur bleiben gleich. Wenn man aber bei Stahl nur eine Tonne erzeugen wollte, würden die Kosten enorm sein. Je mehr produziert wird, desto mehr fallen die Stückkosten. Das ist der Vorteil der Massenproduktion. Allerdings können die Stückkosten teilweise auch wieder steigen, wenn Betriebe zu gross sind und organisatorische Schwierigkeiten entstehen. Das war unter anderem auch ein Problem in den osteuropäischen Ländern.

Der Kleinstaat ist also in zweierlei Hinsicht benachteiligt. Kleinstaaten haben von der Produktionsseite her höhere Kosten als die grossen Staaten, weil sie nicht so weitgehend spezialisieren können. Und zweitens können sie im Inland nicht so viel absetzen. Sie müssen in den Export gehen, während der Grossstaat nicht unter einem so starken Druck steht. Aus technischen und strukturellen Gründen sind sie somit weniger konkurrenzfähig. Damit ist auch ein weiterer ökonomischer Aspekt verbunden. Für

einen bestimmten Produktbereich benötigt ein grosses Land, um auch nur den Inlandsbedarf zu decken, mehrere, sagen wir zehn Betriebe, während man in einem Kleinstaat vielleicht nur einen oder zwei solcher Betriebe benötigt, um den Inlandsbedarf zu befriedigen. Nur ein paar Betriebe können für den Inlandsmarkt ökonomisch produzieren. Wenn daher im Kleinstaat eine protektionistische Politik verfolgt wird, so können leicht Monopole bzw. Duopole (zwei Firmen) oder Oligopole (wenige Firmen) entstehen. Das kann ein weiterer Nachteil für die Effizienz sein, weil Konkurrenz ein wichtiger Anreiz für Effizienzsteigerung ist. Konkurrenz ist ein entscheidendes Element der Marktwirtschaft. Sie ist wichtiger als die Frage, ob ein Unternehmen ein Privat- oder ein Staatsbetrieb ist. Die Eigentumsfrage war ja in den osteuropäischen Ländern nicht das Hauptproblem, sondern der Mangel an Konkurrenz. Die Bedeutung eines funktionierenden Marktes besteht in der Konkurrenz, die einen Betrieb zwingt, effizient zu produzieren, weil er sonst bankrott gehen kann. Wenn nur zwei Betriebe vorhanden sind, dann kommt es viel leichter zu Absprachen und Kartellisierungstendenzen. Auf diese Weise gefährdet man die Effizienz, was ja auch der Schweiz nicht ganz fremd ist. Das sind Nachteile der Kleinheit.

Die moderne Technologie hat jedoch Veränderungen gebracht, welche diese Massenproduktionsprobleme verringern und die relative Lage der kleinen Staaten verbessern. Die Vorteile der Massenproduktion beruhen auf zwei Elementen. Zum einen sind es die fixen Kosten, zum anderen hat man bei einer grossen Produktion und einem grossen Absatz auch grössere Losgrössen, d.h. mit der gegebenen technischen Ausstattung wird eine Vielfalt von verschiedenen Typen und Modellen erzeugt. Losgrössen sind die jeweiligen Mengen eines bestimmten Typs. Die Gesamtkosten sind nun sehr viel niedriger, wenn man die einzelnen Modellerzeugungen sehr lange laufen lassen kann, weil ein Umrüsten immer Zeit und Kosten erfordert. Wenn man also eine differenzierte Produktion mit vielen Typen hat - und das ist heute fast überall der Fall, ob das Autos sind oder Modeartikel - *und* lange Losgrössen, dann kann man effizienter produzieren, als wenn der Markt oder der Betrieb kleiner ist und man sehr oft umrüsten muss. Das sind aber Probleme, die heute durch die Mikroelektronik und durch die Möglichkeit flexibler Automatisierung an Bedeutung verlieren. Ganze Regionen, zum Beispiel in Oberitalien, sind auf diese Weise mit Kleinbetrieben international konkurrenzfähig geworden. Kleinbetriebe sind teilweise sogar leistungsfähiger als grössere Betriebe, weil sie sich rascher und viel flexibler an individuelle Wünsche anpassen können, ohne ihre Effizienz

Oekonomische Sicht

stark einschränken zu müssen. Es ist dies vielleicht ein Vorteil der kleineren Betriebe und der kleineren Länder überhaupt, dass sie nicht so sehr Gefahr laufen, schwerfällige bürokratische, staatliche und betriebliche Apparate zu errichten. Sie können daher anpassungsfähiger sein, was angesichts des immer rascheren technologischen Wandels und Produktwechsels sicherlich ein Vorteil sein kann.

Die meisten Nachteile, die ich bisher geschildert habe, können im Prinzip durch Aussenhandel überwunden werden. Der Aussenhandel eröffnet den Zutritt zu Rohmaterialien, die man nicht hat. Er eröffnet den Zutritt zu Märkten. Man kann noch immer nicht alle Sachen produzieren, weil man sich nicht so weitgehend spezialisieren kann, aber man kann das, was man macht, im Grossmassstab produzieren, auch wenn der Inlandsmarkt zu klein ist; man kann ins Ausland gehen. Durch den Import kann der Monopolisierungsgrad im Inland gedrückt und die Konkurrenz erhöht werden, weil die inländischen Monopole nun mit ausländischen Gütern konkurrieren müssen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit wird zunehmend ein Hauptfaktor für die Leistungsfähigkeit und das Überleben des Kleinstaates.

Die Tatsache, dass die Nachteile des Kleinstaates, die man zunächst sehr klar aus dem Modell einer geschlossenen Inlandswirtschaft abgeleitet hat, in der Praxis durch die Aussenbeziehungen durchaus überwunden werden können, mindestens zum Teil, begründet auch den einzigen tatsächlichen empirischen Unterschied zwischen Klein- und Grossstaaten: Die Kleinstaaten haben eine weit grössere aussenwirtschaftliche Verflechtung als die Grossstaaten. Tabelle 2 fasst diesen Sachverhalt für 23 Industriestaaten zusammen.

Tabelle 2

| Exportquoten von Klein- u. Grossstaaten | Durchschnittliche Exportquote * | Minimum / Maximum |
|---|---------------------------------|-------------------------|
| 7 grosse Industrieländer | 16 % | USA 9 % BRD 29 % |
| 16 kleine Industrieländer 15 % | 29 % | Spanien Belgien 55 % |

* Warenexporte in Prozent des Bruttoinlandprodukts von 1980.

Die Tabelle zeigt, dass die durchschnittliche Exportquote (Exporte in Prozent des Bruttoinlandprodukts) der Kleinstaaten mit 29% fast doppelt so hoch ist wie die der Grossstaaten (16%). Die höchste Exportquote eines grossen Landes (BRD) reicht gerade an den Durchschnitt der kleinen Länder heran. Es gibt somit - wie wir früher sahen - keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen der Staatengrösse und dem Wohlstandsniveau, wohl aber einen Zusammenhang zwischen Grösse und Auslandsabhängigkeit. Austauschbeziehungen mit dem Ausland sind für die Kleinstaaten eine Lebensnotwendigkeit, wengleich heute überhaupt kein entwickelter Staat ohne das Ausland leben kann. Das Moment der Lebenswichtigkeit ist für Kleinstaaten aber vergleichsweise erheblich grösser.

Die Kleinstaatenprobleme können also im Prinzip durch den Aussenhandel weitgehend ausgeräumt werden. Das ist indes nicht ganz der Fall, denn in der Realität bleiben gewisse Nachteile bestehen. Warum? Welcher Art ist der Unterschied zwischen interregionalem Handel und Aussenhandel? Was sie gemeinsam haben, sind Transportkosten und ein geringerer Kontakt mit dem Markt, auf dem man verkaufen will. Unterschiede bestehen darin, dass im Handel mit anderen Ländern zusätzliche Hindernisse auftreten, wie Zollgrenzen, die allerdings infolge des GATT eine immer geringere Rolle spielen, dann die sogenannten nichttarifären Hemmnisse, also gewisse administrative Schwierigkeiten und Qualitätsvorschriften (z. B. das berühmte deutsche Bier, das einen gewissen Reinheitsgrad aufweisen muss) usw.

Es gibt alle möglichen Tricks, um der Konkurrenz Schwierigkeiten zu machen. Dann gibt es natürlich - und das ist vielleicht viel wichtiger - Informationsmängel: Der Produzent weiss nicht so genau, was im Ausland gewünscht wird, die Kenntnis des Marktes ist nicht so gut wie zu Hause. Wie wichtig das ist, wird manchmal unterschätzt. Beim ursprünglichen Handel mit Spezialgütern verhielt es sich einfach so: Man führt Pfeffer aus Indien ein, weil England nicht das geeignete Klima für die Pfefferproduktion hat, und führt dafür Maschinen aus, welche die Inder nicht in vergleichbarer Qualität produzieren können. Es stellte sich aber bald heraus, dass zwischen *entwickelten* Staaten ein Grossteil des Warenaustauschs aus intraindustriellem Handel mit ähnlichen Gütern besteht. So wird z.B. deutsches Bier nach Schweden geschickt und schwedisches Bier kommt nach Deutschland. Es kommt zu einer immer weiteren Differenzierung von ähnlichen Produkten, wobei die Basis für den Aussenhandel zumeist der Binnenmarkt ist. Ein Unternehmen wächst zunächst auf dem eigenen Markt,

den es relativ gut kennt; und wenn es eine gewisse Grösse erreicht hat, dann exportiert es, und zwar vor allem in Länder, die einen ähnlichen Bedarf haben. Natürlich gibt es noch den Spezialitätenhandel - Spezialgüter, die in allen Entwicklungsländern gefragt sind - aber im allgemeinen braucht man eine ziemlich hohe Konkurrenzfähigkeit, um im Ausland Erfolg zu haben. Ferner ist der Aussenhandel riskanter, weil er durch Gesetze und Wechselkurse plötzlich geändert werden kann, und das schafft zusätzliche Unsicherheiten. Ein grosses Land mit seinem grösseren Inlandsmarkt und häufig besseren Informationen hat da gegenüber kleinen Ländern gewisse Vorteile.

Das hat sich aber in neuerer Zeit insoweit geändert, als auch in kleineren Staaten - nicht zuletzt in der Schweiz und in Schweden - multinationale Konzerne entstanden sind, also Konzerne, die nicht mehr in einem einzigen Land produzieren und absetzen, sondern internationalisiert sind und so Kontakt mit ihren Märkten und einen besseren Zugang zu Vorprodukten haben. Diese Ausbreitung ist die Logik der internationalen Konzerne, die momentan ja auch zum europäischen Markt führt. Die alten Monopolbetriebe waren nationale Konzerne, die an Zollmauern interessiert waren, um ihren nationalen Markt zu schützen. Dort hatten sie dann eine geschützte Stellung und konnten eventuell einen Teil ihrer Produktion exportieren. Aber der geschützte Binnenmarkt war ihre Hauptbasis. Mit dem Anwachsen internationaler Verflechtungen hat sich das geändert. Immer mehr Betriebe produzieren und setzen international ab, und nationale Grenzen werden für sie immer mehr zu Hemmnissen. Die nationale monopolistische Lobby ist schwächer geworden und die "internationalistische Lobby" ist stärker geworden. Unabhängig von den politischen und ideologischen Faktoren haben diese ökonomischen Kräfte dazu beigetragen, dass es jetzt zu Abkommen kommen kann, welche die alte paneuropäische Idee der Vorkriegszeit nicht realisieren konnte. Wenn es den Kleinstaaten gelingt, von dieser Internationalisierung richtig Gebrauch zu machen, so ist das eine Möglichkeit, die Unsicherheiten im Aussenhandel zu verringern. Die Integration bedeutet ja unter anderem genau dies, dass die Unsicherheiten verringert werden sollen: einheitliche Wechselkurse, keine Zollgrenzen, keine administrativen Schwierigkeiten.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob nicht die durch die Integration erleichterten Kapitalansammlungen und Fusionen die Grossstaaten und die Konzerne in den Grossstaaten auf eine andere Weise begünstigen werden, und zwar nicht kraft ihrer technischen Überlegenheit, die sie nicht mehr haben werden, weil dann auch die Kleinstaaten für einen grossen Raum

technisch nach dem modernsten Stand produzieren können, sondern durch die grössere Finanzkraft der Konzerne und durch den grösseren Einfluss der Regierungen, die in internationalen Abmachungen noch immer einen Machtvorteil gegenüber den Kleinstaaten behalten werden. Die Erfahrungen in Verhandlungen des GATT und in Brüssel zeigen, dass ein Kleinstaat selbst bei einer weitgehenden Überwindung der Aussenhandelsschwierigkeiten noch immer bei der Festlegung von Rahmenbedingungen und Sonderbestimmungen benachteiligt sein kann.

Ich komme zum Schluss: Ich habe gezeigt, dass die spekulativen Überlegungen der Ökonomen eher darauf hinweisen, dass der Kleinstaat im Vergleich zu grossen Ländern benachteiligt sein dürfte. Andererseits haben wir gesehen, dass das in der Wirklichkeit anders aussieht, dass viele Kleinstaaten eine sehr hohe Produktivität aufweisen. Woher kommt das? Um das zumindest anzudeuten, möchte ich die Gründe anführen, die auf der Konferenz im Jahre 1957, die ich am Anfang erwähnt habe, zwei Ökonomeprofessoren aus der Schweiz, Jöhr und Kneschaurek, zur Erklärung der hohen Effizienz ihres Landes aufgelistet haben. In ihrem Referat explizierten sie zunächst als brave ökonomische Theoretiker, warum die Kleinstaaten schlechter dran sind als Grossstaaten, mussten dann aber doch begründen, warum dies für die Schweiz nicht zutrifft. Insgesamt führten sie zehn Gründe an, und zwar:

1. keine Kriege,
2. interne politische Stabilität,
3. hoher Industrialisierungsgrad,
4. hohe Exportintensität,
5. internationalisierte Firmenstruktur,
6. hohe Kapitalakkumulation,
7. hohe Investitionsraten,
8. hohe Arbeitsqualifikationen,
9. hohe Forschungsintensität,
10. weite Diversifikation von Branchen- und Exportmärkten.

Wenn man diese Liste anschaut, so sieht man, dass es sich durchwegs um Faktoren handelt, die nicht so sehr grössenbedingt, sondern entwicklungsbedingt oder politischer Natur sind. Ob ein Land reich oder arm ist, ist in einer offenen Welt kaum davon abhängig, wie gross oder klein es ist. Aber es muss betont werden: in einer *offenen* Welt. Wenn wir wieder in eine Situation kämen wie in den dreissiger Jahren, als zwischen den Nationen

Oekonomische Sicht

protektionistische Wettläufe stattfanden, wären die Nachteile des Kleinstaa-tes sicher ganz eklatant. Aber in einer offenen Welt hängt die Frage der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit, des hohen Lebensstandards, von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, die ich eben erwähnt habe, wie Forschung, Ausbildung, Investitionsquote usw., die alle nicht grössenabhängig sind und die offensichtlich entscheidender sind als einige Nachteile, die immer noch bestehen bleiben, nämlich: der kleinere Binnenmarkt, der ja ein Sicherheitsfaktor ist, sowie die mangelnde Möglichkeit, gewisse Industrien zu entwickeln, weil die Bevölkerung zu klein ist. Diese Faktoren verlieren aber in einer offenen Welt an Gewicht, und die anderen Faktoren, die ich aufgezählt habe, sind vergleichsweise viel wichtiger.

Zusammenfassung der Diskussion

In der vom Herausgeber geleiteten Diskussion stellte Hubert Büchel in bezug auf den Beitrag von Hans Geser fest, dass es richtig sei, dass die kleinen Staaten vor allem bei einem gegebenen hohen Entwicklungsstand vor dem Problem stünden, dass eine Ausdifferenzierung der Funktionen im Inland zu wenig gegeben sei, man beispielsweise zu wenige Einwohner habe, um alle Berufe auszufüllen. In Liechtenstein habe man zunächst die Einwohnerzahl erhöht, indem Ausländer mit den entsprechenden Berufsqualifikationen hereingeholt wurden. Jeder dritte Arbeitsplatz sei durch einen nicht hier Geborenen besetzt. Man sei aber dann an eine Grenze gekommen, weil man sich im Kleinstaat mit einem hohen Ausländeranteil Identitätsprobleme eingehandelt habe, so dass eine Begrenzung auf ein Drittel der Bevölkerung angestrebt wurde. Die zusätzlich benötigten Qualifikationen habe man daraufhin nicht mehr als Einwohner, sondern als Grenzgänger hereingeholt. Neben jedem dritten Beschäftigten, der Ausländer sei und hier wohne, sei noch einmal jeder dritte Beschäftigte ein Ausländer, der nicht in Liechtenstein wohne, d.h. zwei Drittel der in Liechtenstein Beschäftigten seien Ausländer, ein Drittel Liechtensteiner. Das habe auch Auswirkungen hinsichtlich der Bildungsausgaben pro Kopf, was im Eröffnungsreferat von Clark C. Abt angesprochen wurde, insofern man dadurch, dass man die Leute im produktionsfähigen Alter nach Beendigung der Ausbildung hereinhole, sich einige Kosten ersparen könne, so dass die Quote der Ausgaben für Bildung geringer sein könne. Der Staat habe nicht die Möglichkeit, ausländische Beamte hereinzuholen, da die Verfassung dies verbiete. Liechtenstein komme an eine Grenze, wenn man sich vermehrt in der Aussenpolitik betätige. Dort sei direktes staatliches Handeln gefordert, und es müssten neue Lösungen gefunden werden.

In diesem Kontext der Massnahmen und Modelle wurde von Geser noch das Modell hinzugefügt, dass grosse Staaten durch kleine ausgebeutet werden können (free rider). Grosse Staaten produzierten für ihre eigenen Zwecke sehr viele Leistungen, z. B. militärische Sicherheit, Bildung, Medizin, die dann auch dem Kleinen zur Verfügung stehen, der hiervon nicht so viel benötige und gewissermassen nahezu unbemerkt davon profitiere. Abt brachte vor, dass ein einzelner Kleinstaat nicht alle Kompetenzen erwerben könne, z. B. in der Aussenpolitik, wohl aber eine Gruppe von verschiedenen Kleinstaaten, die sich aussenpolitisch spezialisieren und die Belange gesamthaft vertreten könnte, auch ohne sich politisch zu konföderieren.

Zusammenfassung der Diskussion

Von Helmut Kramer wurde gewissermassen als Kontrapunkt zu den bisherigen Referaten eine generelle Frage zur Methodologie der Kleinstaatensforschung gestellt. Aus seiner Forschungserfahrung hinsichtlich der Aussenpolitik europäischer Kleinstaaten heraus sei es unumgänglich, mit dem Komplex der Kleinstaaten erheblich kritischer umzugehen. Ein wichtiger Differenzierungsschritt sei die Annahme, die von Kurt W. Rothschild bereits ausgeführt wurde, dass es die Kleinstaaten schlechthin nicht gebe. Wichtiger als die Grösse, variabel über die Welt und Staaten wie Burundi oder die Schweiz verteilt, seien der Entwicklungsstand oder die genaue Position in der Arbeitsteilung. Reine Grössenkriterien seien zu wenig aussagekräftig, weil zahlreiche intervenierende Variablen hinzukämen. Man müsse unterscheiden zwischen industrialisierten und nicht-industrialisierten bzw. mehr schlecht als recht auf dem Weg der Industrialisierung befindlichen Kleinstaaten. Die Polarisierung der Welt in die Habenden und die Habenichtse werde, verstärkt durch die Bevölkerungsexplosion, immer düsterer und krasser. Eine erste Dimension wäre demnach die Frage nach dem wirtschaftlichen Überleben in diesem Kontext, eine zweite die Abhängigkeit im Bereich der Souveränität, die dritte beträfe sodann die Frage einer aktiven Rolle in der internationalen Politik. Kleinstaaten, die eigentlich Kleinststaaten seien wie Andorra und Liechtenstein, ferner Kleinstaaten wie Luxemburg und Island sowie kleinere Staaten, die man wie Österreich und Schweden als Mittelstaaten bezeichnen könnte, seien doch sehr unterschiedliche Gebilde in bezug auf die genannte dritte Dimension - die Möglichkeit also, sich im internationalen System als ein aktiver Partner einzubringen -, denn sie seien ja ohnedies nicht in der Lage, über andere Macht auszuüben. Kramer fragte ferner danach, ob Kleinstaaten in ökonomischen Belangen nicht eine stärkere Uniformität aufwiesen als im politischen Bereich, der womöglich offener sei in bezug auf Gestaltbarkeit und die strategische Lage einer Nation. Man könne unter Umständen annehmen, dass die Ausdifferenzierung von Kleinstaaten verschiedener Typen in den Entscheidungsbereichen Ökonomie und Politik variere.

Miroslav Hroch fühlte sich vom Referat Gesers zu inspirativen Gedanken und Fragen gedrängt. Hinsichtlich der Identifizierung mit dem Staat und der Integration, die durch das Oberflächenmodell veranschaulicht wurden, träfe dieser Sachverhalt nur auf einen Teil der europäischen Kleinstaaten zu. Bei einem Kleinstaat, in welchem man sich von den Nachbarn durch eine ethnische und nicht nur nationale Zugehörigkeit unterscheide, bekämen die Grenzen eine ganz andere Relevanz. Dann sei es nicht mehr so

Zusammenfassung der Diskussion

einfach, über die Grenze hinaus zu kommunizieren, weil die Abgrenzung nicht nur politisch, sondern auch sprachlich erfolge. Dagegen spräche als Einwand das Beispiel Luxemburg, wo die Dreisprachigkeit als Stimulans gewirkt habe, aber die Identifizierung sei hier wohl eine andere. Wenn der Kleinstaat, wie Geser ausgeführt habe, des weiteren auf Innenkonflikte nicht so vorbereitet sei wie grosse Staaten, stelle sich die Frage, ob nicht auch die Gefahr einer Diktatur grösser sei. Schliesslich solle man insgesamt nicht die Rolle des Geschichtsbewusstseins unterschätzen, jedenfalls sollte man gerade bei Kleinstaaten berücksichtigen, inwieweit ihre Identität auch historisch begründet sei und welche Rolle das historische Bewusstsein beispielsweise in der Erziehung spiele.

An Geser richtete Peter Häberle die Frage, wenn er analytisch zwischen dem Kleinstaat als Universalphänomen, Modellstaat und unfreiwilligem Pionierstaat unterscheide, welcher Art denn sein Staatsbegriff sei, mit dem er die drei staatlichen Modi fundiere. Habe er im Zusammenhang mit seinen Schaubildern von Gesetzmässigkeiten der Natur, von sozialen Regeln oder von kulturellen "Gesetzmässigkeiten" und im Hinblick auf die Relation von Umfang und Grenze von "Individuum und Gemeinschaft" gesprochen bzw. von welchen Teildisziplinen habe er in seinem Theorieraster gehandelt? Er, Häberle, könne im übrigen sehr erfreuliche und produktive Übereinstimmungen mit seinen verfassungsgeschichtlichen Bemühungen sowie hinsichtlich des Instrumentariums der Präambel im Verfassungstextvergleich feststellen, wie er es in seinem Referat noch ausführen werde.

Hans Geser legte dar, dass er im ersten Modell geometrische Gesetzmässigkeiten angeführt habe, insofern der Grenzumfang in einem nichtlinearen Verhältnis zur Fläche zunimmt. Beim zweiten Modell habe er unterstellt, dass Individuen nur einen Beruf gleichzeitig haben könnten, im dritten, dass Individuen nicht beliebig viele Beziehungen zu anderen Individuen haben könnten. Bei den zwei übrigen Modellen seien es soziale Bedingungen, die man natürlich empirisch prüfen müsste. Hinsichtlich der Problemstellung, ob man sie überspringen könnte oder wie elastisch diese Möglichkeiten seien, merkte Geser an, dass man beispielsweise in Rücksicht auf das zweite Modell die Knappheit an Rollen überwinden könnte, indem man mehr nebenamtliche Rollen schaffe oder auf ehrenamtliche Positionen, job sharing usw. ausweiche. Man könne hier noch mehr Komplexität in eine kleine Gesellschaft hineinbringen. Im Hinblick auf den Staatsbegriff setze ein Systemtheoretiker wie er immer Gebilde voraus, die Grenzen haben und in der formalen Setzung Produkte des Rechts seien. Allerdings seien in der

Zusammenfassung der Diskussion

Geschichte auch mehr diffuse Gebilde gegeben, und wenn man in die Vergangenheit zurückgehe, könne man Einflussfelder und Besiedlungsräume finden, die keine sehr klaren Grenzen hätten. Darum fehle dort der Ansatzpunkt für sein Instrumentarium, das disjunktive Grenzen innen und aussen voraussetze. Dies führe ihn zum ersten Fragenkreis von Hroch, dass nämlich die ethnische Tradition und Ausprägung als ein intervenierender Faktor eingeführt werden müsse. Kleinstaaten benötigten in der Tat auch ein Korrektiv gegen Zentrifugalität, die ihrem instrumentellen Handeln innewohne, wobei nach seiner Ansicht auch ethnisch stark differenzierte Völkerschaften intensive ökonomische Aussenbeziehungen pflegen müssen. Geser machte ferner darauf aufmerksam, dass Deutschschweizer zum Beispiel auf ein Stück eigener Ethnizität rekurrieren könnten, nämlich auf den Dialekt, der immer reichlicher verwendet werde, je weiter die europäische Integration voranschreite. Ungeachtet ihres Autonomieverlustes auf institutioneller Ebene verfügten sie auf subinstitutionellem Niveau über ein *kulturelles* Element ethnischer Identität, das sie von anderen Ethnien unterscheide. Die Westschweizer könnten das nicht, insofern sie nur über das Französische verfügen, das man auch in Frankreich spricht. Das sei wohl auch ein Grund dafür, dass die Westschweizer sehr viel mehr an gewissen Institutionen hängen, insbesondere am Föderalismus, am Kanton. Die Aufgabe des Kantons wäre das Ende ihrer Identität, da sie über keine andere Basis der Integration verfügen. Schliesslich verwies Geser in Beantwortung der gestellten Fragen noch darauf, dass bereits Aristoteles die Verfassungen der griechischen Stadtstaaten (Poleis) gesammelt und eine grosse Varianz festgestellt habe zwischen Demokratie und Diktatur. Früher wurde nicht nur die Demokratie, sondern möglicherweise auch die Diktatur zuerst kleinformatig praktiziert, da die Kontroll- und Kommunikationstechniken nur in bezug auf kleine Territorien wirksam gewesen seien. Heute sei dies auch grossräumig möglich. Kleinstaaten bräuchten jedenfalls besondere Sicherungen, um Machtzentralisierung zu verhindern: Föderalismus, Teilung von Macht. Es sei eigentlich ziemlich paradox, dass zahlreiche kleine Staaten intern noch sehr viel kleinere Substaaten ausbildeten, die das Problem der Kleinstaatlichkeit noch zusätzlich potenzieren. Man könne dies laut Geser nur verstehen, wenn man wisse, dass sie es tun müssen, insofern sie darauf angewiesen seien, auf formelle und geplante Weise der Zentralisierung der Macht Grenzen zu setzen, um damit eine Dezentralisierung von Macht zu erreichen, die sich in Grossstaaten vielleicht allein schon aus faktischer Notwendigkeit ergeben würde.

Zusammenfassung der Diskussion

Rothschild wollte den von Kramer vorgenommenen Ausdifferenzierungen vor allem hinsichtlich der Entwicklungsländer folgen. Es sei das akzentuierte Thema Myrdals, dass Monokulturenländer starken wirtschaftlichen Schwankungen ausgesetzt seien, die zu politischen Instabilitäten führten. Es sei ein weiteres Paradoxon, dass man auf der einen Seite ein sich vereinheitlichendes Europa habe, auf der anderen Seite aber die Rückkehr zu kleinen Staaten. Auch werde die Ökonomie generell immer anonym, unbegreiflicher und ferngesteuerter, sie scheine immer weniger kontrollierbar zu sein in dem Kreise, in welchem man sich bewege. Irgendwie käme alles von aussen, und das sei, so Rothschild, gerade das Verlockende am gemeinsamen Markt: kein Politiker sei mehr verantwortlich, weil der Markt alles (vermeintlich) determiniere. Andererseits benötigte man so etwas wie ein Heimat- oder Zugehörigkeitsgefühl. Das sei kein Problem, wenn es nicht im Einzelstaat als Nationalismus ausarte. Hier läge auch das Problem der Integration, denn solange alle Staaten an einem Strick zögen und keine eigenen Zielvorstellungen entwickelten, gäbe es keine Schwierigkeiten. Aber die nationale Frage würde wieder aktuell werden, wie es scheine. Es sei die Frage, was die neuen Staaten politisch und wirtschaftlich jeweils beabsichtigten. So wäre es im Sinne der ökonomischen Logik (gewesen), dass die jugoslawischen Staaten so lange wie möglich zusammenarbeiten, weil die ganze Produktionsstruktur und der innerjugoslawische Verkehr darauf abgestellt seien, jedoch gingen die momentanen Umwälzungen in die andere Richtung.

Von Abt wurde angemerkt, dass die kleinstaatliche Systemtheorie eine Grenzen- und Katastrophentheorie benötige, um diskontinuierlichen Wandel zu bewältigen. Sprachgrenzen, Ethnizität, Naturgrenzen wie Wasser und Gebirge, Klima, verschiedene Stammesorganisationen wie in Afrika (tribalism) usw. hätten allesamt Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Das eigentliche Kulturkapital aber sei die Sprache und damit verbunden ein Vorteil kleiner Staaten, sofern sie dasselbe Kulturkapital hätten wie die grösseren Nachbarn, so im Falle von Liechtenstein in bezug auf die Schweiz und Österreich, denen die deutsche Sprache und Kultur gemeinsam sei. Es sei auch keineswegs ein Zufall, dass die irländischen Auswanderer in Amerika viel weiter gekommen seien als z.B. die Italiener, die nicht weniger klug oder robust seien. Die Iren hätten jedoch die Sprache des grossen Landes bereits gesprochen und seien mit mehr Kultur- als eine Art Familienkapital angekommen. Das sei auch eine Schwierigkeit für neue Staaten mit einer ungewöhnlichen Sprache, so beispielsweise in Georgien.

Zusammenfassung der Diskussion

So hätten die Kleinstaaten in Süd- und Mittelamerika gesamthaft den Vorteil, spanisch zu sprechen. Abt fragte ferner an, ob eine Relation oder Analogie gegeben sei zwischen "klein" und "gross" und dem Wachstum von Ländern und Gesellschaften, insofern neue Berufe und Positionen eher aus Kleingesellschaften kämen.

Dietmar Willoweit stellte fest, dass nach Ansicht vieler Historiker im Laufe der Geschichte Europas, aber auch in anderen Kulturkreisen eine Zentrierungstendenz vom Kleinen zum Grösseren gegeben sei, die mit einer gewissen geschichtlichen Notwendigkeit eingetreten sei. Zwar könne man Sonderentwicklungen konstatieren - u.a. Schweiz, Niederlande -, die man indes erklären könne, aber die generelle Tendenz scheine doch hinzu führen zur Grossstaatsbildung. Für Willoweit deutet auch die europäische Einigungsbewegung darauf hin, und neuerdings hätten wir ja auch ein Beispiel für die Entstehung einer Weltpolizei mit einem Haupt- und vielen Hilfspolizisten, was ebenso auf erhebliche Akzeptanz gestossen sei. Man nehme dies auch als etwas irgendwie Zwangsläufiges hin, weil gerade im Fall Kuwait die wirtschaftliche Abhängigkeit der anderen vom Öl offenkundig sei. Demgegenüber könne man die Kleinstaatlichkeit einerseits als Anachronismus bezeichnen oder als Ausdruck eines gegenläufigen Regionalismus, wie wir ihn zur Zeit im Osten erlebten. Auf der anderen Seite könne man im historischen Rückblick davon ausgehen, dass die Grossstaaten- und Reichsbildung immer wieder erfolglos gewesen sei. Grossreiche seien immer wieder zerfallen in regionale oder noch kleinere Teile. Für Willoweit stellte sich im Zusammenhang damit die Frage, ob die systemtheoretischen und ökonomischen Eigentümlichkeiten des Kleinstaates vielleicht prinzipiell so virulent seien, dass sie die geschilderte Zentrierungstendenz zu erklären vermöchten. Die Referenten Rothschild und Geser hätten cum grano salis einige Nachteile und Hypothesen für den Kleinstaat angeführt, so dass sich die Frage nach einer Konvergenz mit dem historischen Befund bezüglich des Tendenzverlaufes eigentlich auch in ihrer Perspektive stellen müsste.

Rothschild führte aus, dass nach seiner Ansicht keine Parallele oder Korrelation gegeben sei zwischen der Entwicklung von kleinen/grossen Nationen und der Entwicklung kleiner/grosser Unternehmen. Wenn die neuen Arbeitsplätze in zahlreichen Staaten, vor allem aber in Amerika, insbesondere in kleinen Unternehmen gewachsen seien, so sei dies auf Strukturveränderungen zurückzuführen, die stark mit der Entwicklung von der Industrie zu Dienstleistungen hin verbunden seien. Während wir im

Zusammenfassung der Diskussion

Industriebereich einen enormen, arbeitssparenden Fortschritt feststellen könnten, so dass trotz steigender Produktion die Beschäftigung kaum wachse, ja teilweise sogar abnehme und durch den Sektor der Dienstleistungen absorbiert werde, in welchem wiederum kleine Betriebe vorherrschten. Allerdings habe man in der Tat sehr lange die Bedeutung der kleinen Betriebe unterschätzt. Der auch von Marx vertretene Gedanke, dass immer mehr Grossbetriebe die Kleinen auffressen würden, stimme nicht. Das Problem sei ein Zweifaches: Man könne nicht sagen, die eine Struktur sei wichtiger als die andere, insofern es auf beiden Ebenen zu spezifischen Entwicklungen komme, wobei die kleineren Industriebetriebe nicht so viel ausmachen beim Bruttosozialprodukt, wohl aber im Beschäftigungsanteil. Hinzu käme als ein Zweites, dass die Mikroelektronik für Kleinbetriebe ideal sei, was nicht nur für Dienstleistungen, sondern auch für den Produktionsbereich gelten könne. Auf diese Weise könnten kleinere Betriebe effizient sein und neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, während die Mikroelektronik als solche eine Technologie sei, die ebenso für massive Arbeitseinsparungen im Dienstleistungssektor Sorge. Aber eine Parallele zu Klein- und Grossstaaten könne er darin nicht erblicken. Wo die Arbeitsplätze geschaffen würden, hänge von der Struktur der Produktion und der Nachfrage ab. Bestenfalls könne man sagen, dass die Kleinstaaten insofern einen Vorteil hätten, als sie gewisse Grossproduktionen, die eher wenig beschäftigungsschaffend seien, sowieso nicht besitzen. Jedoch könne er auch dieser Argumentation nicht viel abgewinnen. Hinsichtlich der Relation von kleinen zu grossen Staaten handele es sich um ein Konfliktverhältnis in Analogie zum Verhältnis von Zentralismus und Föderalismus. Es gebe eine gewisse Logik des Zentralismus, dass man viele Dinge besser zentral regeln könne, sowohl aus gesetzlichen als auch aus Ersparnisgründen. Es stelle sich die Frage, ob kleine Staaten nicht schlechter gestellt seien, weil ihre Administration vergleichsweise kostspielig sei, insofern man gewisse Grundgrössen brauche, die man nicht beliebig verkleinern könne. Als Gegenargument könnte man anführen, worauf Geser schon aufmerksam gemacht habe, dass die engere Verflochtenheit in kleinen Staaten es ermöglicht, vieles durch freiwillige Handlungen wie Nachbarschaftshilfe etc. zu erledigen, was im grossen Staat der Administration überantwortet werde. Andererseits seien einige Sachen ökonomischer auf grosser Skala zu behandeln. Es käme auf die optimale Verteilung im Inland und wahrscheinlich auch weltweit an, wobei die Veränderungen in der Welt nicht leicht herbeizuführen seien. Darüber hinaus könne man die verschiedenen Entwicklun-

Zusammenfassung der Diskussion

gen auch nicht einfach projizieren und allgemeine Aussagen seien enorm schwierig, insofern die Entwicklungen pfadabhängig seien. Die historische Entwicklung werde zeigen, ob es zu mehr Zentralismus oder zu mehr Kleinstaaten komme - das sei die eigentliche generelle Antwort, die man geben könne. Jedoch seien zweifelsohne auch Grenzen für die Grösse gegeben, so dass man sich jetzt fragen müsse, ob auch Grenzen für die Kleinheit anzunehmen seien.

Abschliessend führte Hans Geser in bezug auf die Fragestellung von Willoweit aus, dass die Entwicklung zum Grossstaat doch sehr stark durch Kriege und kriegerische Allianzen mitgeformt war. Viele Zusammenschlüsse seien erklärbar als eine Abwehr gegen Kriegsgefahren, was auch für die Sowjetunion zuträfe, und der Wegfall von Krieg als Motiv für Zusammenschlüsse verändere in einem Kollektiv sicherlich einiges. Man könne sich auch vorstellen, dass kleine Staaten dann mehr evolutionäre Entwicklungsmöglichkeiten erhielten.